

und den Maoistenführer Prachanda. Als Folge der Vereinbarung traten 73 Abgeordnete der CPN (Maoist) in das Parlament ein. Die CPN (Maoist) erhielt etliche Ministerposten der Übergangsregierung, welche die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten sollte.

Trotz des gemeinsamen Kampfes zum Sturz des Königs ist das Misstrauen

innerhalb der Interimsregierung groß. Am 15. September 2007 fand ein Treffen zwischen Premier Koirala und Prachanda statt, bei dem Prachanda der Sieben-Parteien-Allianz ein 22-Punkte-Plan überreichte. In diesem Programm fordern die Maoisten die Ausrufung der Republik. Wenige Tage später traten die Maoisten aus der Regierung aus, wodurch der im Jahr 2006 geschlossene Friedensvertrag neue Risse

bekommen hat. Zu Hoffen bleibt, dass dieser brüchige Frieden den inner- und außerparlamentarischen Streitereien stand hält und das Land zur Ruhe findet, um so einen Ausweg aus der Armut zu finden.

Zum Autor

Toni Scheibe ist Student der Asienwissenschaften an der Universität Bonn mit dem Schwerpunkt West- und Südasiens.

Demokratie als Ziel und als Weg

Arjun Karki zum Hintergrund der gegenwärtigen politischen Konfliktlage in Nepal

Thomas Döhne

Auszüge aus mehreren Gesprächen mit Dr. Arjun Karki, Geschäftsführer des größten nationalen Dachverbandes nepalesischer Nichtregierungsorganisationen *NGO Federation Nepal* in Bonn.

Warum wurden die Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung nach intensiven Vorbereitungen so kurzfristig abgesagt und erneut auf unbestimmte Zeit verschoben?

Die Maoisten haben kurz vor den für den 22. November vorgesehenen Wahlen durch ultimative Forderungen an die anderen Koalitionspartner die Abhaltung der Wahlen verhindert. Sie hatten vor einem Jahr bei der Bildung der Übergangsregierung fast ein Drittel der politischen Macht und der damit verbundenen Ämter bekommen. Angesichts hoher Popularitätsverluste mussten sie nun mit erheblichen Stimmenverlusten und somit Einbußen ihrer Macht rechnen. Die beiden Hauptforderungen ihres 22-Punkte-Katalogs nach Ausrufung einer Republik durch das Parlament sowie einem proportionalen Wahlsystem waren nur vorgeschoben, um diesem faktischen Wahlboykott einen Hauch von Legitimität zu verleihen. Schließlich gibt es vertraglich festgelegte Friedensvereinbar-

ungen, eine Interimverfassung wurde gemeinsam festgelegt und auch von den Maoisten unterschrieben. Daher war es verantwortungslos und politisch nicht gerechtfertigt, die Wahlen auf diese Weise zu torpedieren.

Wie ist das Ansehen der Maoisten in der breiten Bevölkerung heute?

Die Maoisten verfolgen eine widersprüchliche Doppelstrategie, die ihre politische Glaubwürdigkeit untergräbt. Einerseits sind sie an der Regierung beteiligt, andererseits halten sie sich nur dann an die demokratischen Spielregeln, wenn es ihnen passt. Auch haben sie sich immer noch nicht überzeugend von der Gewalt losgesagt. Die Menschen in meinem Land sind der Gewalt überdrüssig und wollen dauerhaften Frieden. Die Maoisten haben heute mit Imageproblemen zu kämpfen. Sie sind im Wahlkampf weniger geübt als im Guerillakampf und im Umgang mit Waffen, in der Überzeugungsarbeit weniger als in Einschüch-

terung und Bedrohung. Im Vorfeld der Wahlen hatten sie große Schwierigkeiten, überhaupt genügend Kandidaten zu finden. Selbst in Dörfern der ehemals von den Maoisten kontrollierten Gebieten haben die Menschen angefangen, Fragen zu stellen und Rechenschaft zu verlangen. Manche wollen Geld zurückhaben, das ihnen oftmals mit Gewaltandrohung abgepresst worden war, andere haben direkt unter der Gewalt gelitten oder Familienangehörige verloren und wollen sich rächen.

Was sind die Hintergründe der anhaltenden Staatskrise in Nepal?

An erster Stelle ist hier das Versagen der Machteliten, der Parteien und des politischen Führungspersonals zu nennen. Sie alle haben die historische Chance nach dem ersten Volksaufstand im Frühjahr 1990 leichtfertig verspielt. Sie müssen sich vorstellen: Bevor der Maoistenaufstand im Februar 1996 begann, war die Vorläufer-

partei der heutigen Kommunistischen Partei Nepal (Maoisten), die Kommunistische Partei Nepal (Einheitszentrum), eine der kleineren Parteien im Parlament. Sie hatte gerade mal neun Sitze. Nach deren Spaltung in drei Splittergruppen und der im Jahr 1994 erfolgten Gründung der KPN (M) waren diese Gruppen zunächst noch kleiner und nahezu bedeutungslos – also warum haben die Menschen den bewaffneten Kampf überhaupt begonnen? Ich habe 1999/2000 im Rahmen meiner Forschungsarbeit Hunderte Kämpfer der maoistischen People's Liberation Army interviewt. 90 Prozent von ihnen hatten überhaupt keine Vorstellungen von Marxismus. Sie waren offensichtlich nicht ideologisch motiviert. Vielmehr ging es ihnen – so wurde mir bei meiner Untersuchung klar – um sozialökonomische Fragen und Anliegen. Dazu kam das bereits genannte Versagen der Parteien, des Staates, der Regierung. Sie alle taten nichts, um die bestehenden sozialen Ungleichheiten in Bezug auf Kaste, Gender und Ethnizität und die hohe Frustration der Menschen mit den politischen Prozessen anzugehen. Die Maoisten haben diese Frustration benachteiligter Gruppen – von Frauen, von Dalits, von Tharus – artikuliert und für den bewaffneten Kampf in-



Parolen des maoistischen Studentenverbandes an einer Hauswand in Lamahi (Westnepal)

strumentalisiert. Sie haben Versprechungen gemacht – den Frauen gleiche Rechte, den Tharus, Rai/Limbu, Magar, Madeshi usw. die Beendigung ihrer Benachteiligung und anderen Autonomie, den Madeshis ebenfalls. All diese Faktoren haben dazu geführt, dass die Maoisten vorübergehend Zulauf und Unterstützung von Teilen der Bevölkerung erhielten.

Was ist aus dem Wunsch nach Frieden und Demokratie geworden, der den Volksaufstand gegen die autokratische Königsherrschaft im April 2006 motivierte?

Nach mehr als zehn Jahren Gewalt hat sich inzwischen Ernüchterung eingestellt; es ist offensichtlich geworden, dass die Gesellschaft und insbesondere die arme Bevölkerung einen hohen Preis für die anhaltende politische Instabilität zu zahlen hat. Gemeinsame Opposition gegen die autokratische Königsherrschaft und der erfolgreiche Volksaufstand im Frühjahr 2006 haben zumindest vorübergehend eine Annäherung zwischen der 7-Parteien-Allianz und den Maoisten gebracht und das Friedensabkommen vom November 2006 ermöglicht.

Wie schätzen Sie die Rolle der Zivilgesellschaft in der jetzigen Phase ein?

Der Aprilaufstand war eine breite Massenbewegung, die maßgeblich von zivilgesellschaftlichen Gruppen getragen wurde und den kollektiven Wunsch der breiten Bevölkerung nach Frieden zum Ausdruck brachte. Seither ist die Hoffnung der Menschen groß, die politischen Führer hätten ihre Lektion gelernt und würden die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Ebenso groß sind jedoch die Herausforderungen, vor denen wir in Nepal stehen. Die Zivilgesellschaft muss dazu beitragen, die politischen Parteien zu rehabilitieren, sie muss Druck auf die Parteien ausüben, damit diese sich von innen heraus erneuern und reformieren.

Was steht dem im Weg?

Nach wie vor ist es so: die Parteien sind korruptionsanfällig, die Maoisten üben weiter Terror aus, d.h. sie haben dem Terrorismus noch nicht gänzlich abgeschworen – wie kann man unter solchen Bedingungen Demokratie fördern! Die Erwartungen der Menschen sind sehr hoch, sie erwarten zu Recht eine Friedensdividende und spürbare Verbesserungen. Die Parteien streiten über unterschiedliche Demokratiekonzepte, während die breite Bevölkerung auf dem Land um ihre wirtschaftliche Existenz und

Thomas Döhne



Oben: Mädchen tragen Getreide über den Fluß
Unten: Teilnehmende an einer maoistischen Großveranstaltung

ums Überleben kämpft. Schon bei der Bildung der Übergangsregierung wurden Fehler gemacht; es wurden weitgehend die gleichen Leute von den Parteien ins Parlament geschickt wie zuvor. Auf kritische Rückfragen zivilgesellschaftlicher Gruppen kam von dort die Antwort: „Was soll das mit der Inklusion? Wir sind doch inklusiv!“¹ Diese Leute verstehen einfach nicht, dass Demokratie nicht allein das Reiseziel sein kann, sondern immer auch der Weg sein muss. Erst wenn sich die Parteien auch von Innen heraus demokratisieren, kann Demokratie in unserem Land Wurzeln schlagen.

Welche Auswirkungen hat die gegenwärtige politische Stagnation?

Aufgrund der mangelnden Veränderungsbereitschaft der etablierten politischen Parteien und der Verzögerungen im Friedensprozess, macht sich Ungeduld in der Bevölkerung breit, die zum Teil von radikalen Gruppen instrumentalisiert wird und bereits zu gefährlichen ethnischen und kommunalistischen Spannungen führen kann. An verschiedenen Orten im Terai – Kapilvastu, Nepalgunj, und anderen – hat dies zu massiven Gewaltausbrüchen geführt, bei denen mehrere Dutzend

Menschen starben und über hundert Häuser angezündet wurden. In Rautahat² wurde eine Statue von Ganehs Man Singh³ demoliert, kürzlich wurde das Haus von Madav Kumar Nepal⁴ von Parteianhängern mit Steinen beworfen. Dadurch brachten diese ihre Unzufriedenheit mit dem Friedensprozess zum Ausdruck, der nach ihrer Ansicht schiefgelaufen ist, weil er zu Kathmandu-zentriert ist und weil kein Friedenaufbau von unten stattfindet. Während sie in Kathmandu nur wissen wollen „Wer wird der nächste Ministerpräsident?“ und mit Machtfragen beschäftigt sind, hat die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten andere Sorgen: Die Menschen dort brauchen Trinkwasser und Bewässerungsanlagen, eine verlässliche Gesundheitsversorgung und Schulen, die diesen Namen wirklich verdienen. In Nepalgunj z.B. sitzen immer noch 240 Familien aus Mugu fest, die vor dem Krieg geflohen sind – sie können nicht einfach zurück laufen. Sie wissen nicht, in welchem Zustand ihr Haus und Land sind, und sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Die Schulen und öffentlichen Gebäude wurden von Maoisten und Armee zweckentfremdet. Und kein Politiker redet über diese Menschen oder befasst sich ernsthaft mit deren

Anliegen. Ein anderes großes Problem ist das politische Vakuum, das seit Jahren auf lokaler Ebene und Distriktebene besteht. Je länger dieser Zustand anhält, desto größer sind die Legitimationsverluste des Staates und damit verbunden seine Krisenanfälligkeit.

Was sind die Perspektiven, wie muss es weiter gehen?

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass die Frustrationen und Bedürfnisse der einfachen Bevölkerung mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, nicht nur die Anliegen der Politiker. Die meisten Geber wollen, dass Wahlen stattfinden und haben sich dabei mächtig ins Zeug gelegt. Doch die alten politischen Eliten sind wieder auf der Bühne des Geschehens, innerparteiliche Demokratie lässt in allen Parteien zu wünschen übrig – das sind große Herausforderungen für den Friedensprozess. Eine hierarchische und mit zahlreichen feudalen Relikten behaftete Gesellschaft lässt sich nicht über Nacht in eine demokratische umwandeln - dazu sind Zeit und ein Generationenwechsel in den Führungsgremien der Parteien nötig. Es gibt inzwischen einige junge, engagierte Politiker und Parlamentarier, eine lebendige Zivilgesellschaft und zahlreiche NROs, die den autokratischen Führungsansprüchen der etablierten politischen Machteliten die Stirn bieten, doch sie haben sich bisher nicht durchsetzen können. Die erhoffte Friedensdividende kann es jedoch erst geben, wenn die Lebensinteressen der ländlichen Bevölkerung stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit gelangen und deren Existenzsicherung gewährleistet wird.

Endnoten

¹Einbeziehung benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Unterschied zu Exklusion oder Ausgrenzung.

²Distrikt im nepalesischen Tiefland Terai.

³Ehemaliger charismatischer Führer der *Nepali Congress* Partei

⁴Generalsekretär der CPN/UML



Frau bei Straßenbau in Pyuthan (Westnepal)